

Sihltal-Raser mussten ihre Autos abgeben

Horgen/Zürich. – Die Staatsanwaltschaft hat die Autos der beiden jungen Männer, die am Pfingstmontagabend eine halbbrecherische Raserfahrt durch das Sihltal gemacht hatten, einstweilen sichergestellt. Damit wolle man weitere Straftaten verhindern, begründet Staatsanwalt Michael Huwiler die Massnahme. Ob und wann die Autos durch die Staatsanwaltschaft herausgegeben werden, stehe noch aus. Ob sie definitiv eingezogen werden, werde das Gericht entscheiden.

Der 22-jährige Kroatie und der 18-jährige Bosnier aus dem Kanton Luzern waren nach gefährlichen Überholmanövern am Pfingstmontag von der Stadtpolizei in Leimbach verhaftet worden. Am Mittwoch wurden sie aus der Untersuchungshaft entlassen, da sie ein Teilverständnis abgelegt hatten – und somit keine Verdunkelungsgefahr mehr bestand. «Die beiden Männer haben zugegeben, mit bis zu 120 km/h gefahren zu sein und mehrmals Autos in gefährlicher Art überholt zu haben», sagt Huwiler. Es werde noch abgeklärt, ob die beiden Lenker auch entgegenkommende Autos gefährdet hätten. Die Kantonspolizei (043 822 17 00) sucht Zeugen.

Der ältere der beiden Raser ist der Polizei einschlägig bekannt. Er musste schon mehrmals den Führerausweis abgeben. Ihm droht ein mehrjähriges Fahrverbot. Der jüngere Lenker hat sein Billett erst seit einem Monat. Die Führerausweise wurden vor Ort nicht entzogen, da der Tatablauf noch zu unklar war. Die Staatsanwaltschaft wird nun beim Luzerner Strassenverkehrsamt einen vorsorglichen Bützang auf unbestimmte Dauer beantragen. «Die Lenker verfügen offensichtlich nicht über die charakterlichen Voraussetzungen für das Fahren eines Autos», sagt Huwiler.

Die neun ausländischen Autofahrer, die am Montag, 5. Mai, nach einer Raserfahrt mit teuren Sportwagen auf der A 3 von der Polizei gestoppt wurden, befinden sich immer noch in Untersuchungshaft. Sie werden sicher noch bis Ende dieser Woche in Haft bleiben, wie ein Sprecherin der Staatsanwaltschaft sagt. (hoh)

Streit zwischen Stadt und Krippen

Zürich. – Die Kitt Group, die zwei Kindergartenstreiks in Wiedikon und im Kreis 5 führt, wartet auf Geld von der Stadt. Geld für die rund 40 subventionierten Krippenplätze. So lange 75 000 von insgesamt über 150 000 Franken nicht ausbezahlt sind, will sie die Kinder nicht mehr aufnehmen.

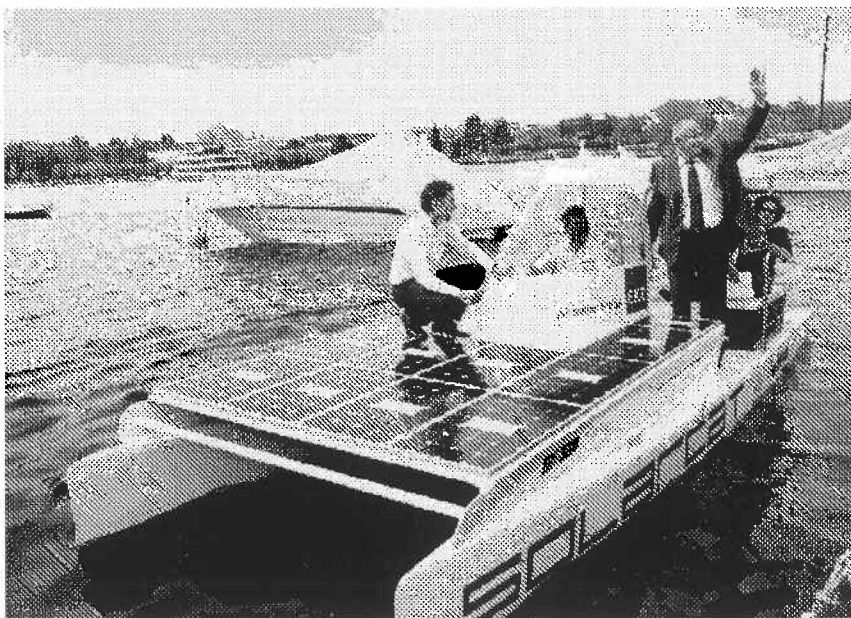
Der Hintergrund der Geschichte ist ein seit zwei Jahren schwelender Rechtsstreit zwischen der Stadt und dem Betreiber der Krippen, der die Rahmenbedingungen, unter denen die Stadt Zürich Krippenplätze subventioniert, immer wieder kritisierte. «Auch durchaus berechtigt», wie Urs Leibundgut vom zuständigen Sozialdepartement einräumt. Im Nachzug einer solchen Kritik kündigte der Betreiber die Verträge, worauf erst eine Einigung folgte, dann einiges Hin und Her. Vor Bundesgericht zankten sich die Parteien nun darum, ob die Verträge noch gültig sind oder nicht. Der Betreiber meint ja, die Stadt nein. Entschieden werden die Richter.

Bleibt die Frage nach dem Geld: Die Stadt sagt, die ausstehenden Zahlungen für Januar bis April seien per 13. Mai veranlasst worden. Bei der Kitt Group war das Geld bis gestern Abend nicht eingegangen. «Ohne Geld, das gemäss Bundesgerichtsverfügung seit langem bezahlt sein müsste, können die Krippen nicht weiterarbeiten», sagt der Anwalt Adrian Bachmann.

Die Stadt hat den Eltern inzwischen schriftlich mitgeteilt, dass sie bei der Suche nach anderen subventionierten Krippenplätzen hilft – «schnell und unbürokratisch». Ob die Kitt-Krippen die Kinder gestern wirklich abgewiesen haben, wollte die Betreiberin nicht sagen. Es stehe niemand auf der Strasse, hiess es. (cim)

Hanf-Ueli will jetzt auch in den Stadtrat

Zürich. – Hans Ulrich Flückiger, besser bekannt als Hanf-Ueli, will Stadtrat werden. Dies teilte er gestern mit und löste damit nicht allzu grosses Erstaunen aus. Der Kandidat bewirbt sich nämlich immer wieder – und ziemlich erfolglos – bei allen möglichen Wahlgängen. Nun stellt er sich also dem Kampf gegen Mauro Tuena (SVP), Ruth Gemner (Grüne), Michael Burkhard (FZ) und Markus Alder (SD), die sich auch für den frei werdenden Sitz im Zürcher Stadtrat bewerben. Die Wahl findet am 1. Juni statt. (ak)



Auch Baudirektor Markus Kägi überzeugte sich bei einer Spritzfahrt auf dem Zürichsee vom Solarkatamaran.

Geld in Hülle und Fülle für ökologische Energieprojekte

Wer heute Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen installiert, kann viele Geldquellen anzapfen. Der Kanton und die EKZ rufen jetzt dazu auf, Gesuche zu stellen.

Von Roger Keller

Zürich. – Nimmt man die nackte Zahl, erscheint das Engagement des Kantons Zürich für umweltschonende Investitionen bei privaten Bauvorhaben kömerlich: Bloss etwas mehr als eine Millionen Franken hat er dafür seit 2003 jährlich locker gemacht. Für die Jahre 2003 bis 2010 stehen ihm zwar 22,5 Millionen aus einem Rahmenkredit zur Verfügung; aber die Finanzmiserie hat dafür gesorgt, dass der Regierungsrat in den ersten sechs Jahren nur 7 Millionen Franken ausgegeben hat. Hinzu kommen 5 Millionen, die der Bund beisteuert. Damit liegt Zürich weit hinter Basel-Stadt – selbst der Thurgau investiert künftig deutlich mehr als Zürich.

Trotzdem hat Baudirektor Markus Kägi (SVP) die Förderung von Energieprojekten gestern Donnerstag an einem Medienanlass zum Tag der Sonne (7. Mai) in einem günstigen Licht dargestellt: In keinem anderen Kanton sei das Geld gemessen an der eingesparten Energie so effizient ein-

gesetzt worden wie in Zürich, belegte Kägi mit einer Statistik – Basel war 2006 weniger als halb so effizient wie Zürich.

Breites Programm der EKZ

Zürich schneidet so gut ab, weil der Kanton nur Projekte unterstützt, die nahe an der Wirtschaftlichkeit sind. Und er hat laut Hansruedi Kunz, dem Energieexperten der Baudirektion, bisher nur Vorhaben ab einer gewissen Grösse gefördert. Bis dahin waren es 230 Projekte, vor allem Holzfeuerungen sowie Anlagen zur Nutzung von Abwärme und Wasser. Auch für Kägi ist aber klar: «Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges.» So prüft die Regierung, den Kredit auf 4 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen. Und seit Anfang Mai subventioniert der Kanton neu auch grosse Solaranlagen und (ausserhalb des EKZ-Gebietes) Erdsondenwärmepumpen als Ersatz für Elektroheizungen.

Besser präsentiert sich der Zürcher Leistungsausweis, wenn man weitere Geldquellen einbezieht, die Bauherren anzapfen können. Zum Beispiel auch bei mehreren Gemeinden und Städten, wie einer neuen Broschüre des Kantons zu entnehmen ist. Und vor allem bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ): Sie geben bis 2011 rund 20 Millionen Franken für ein Umweltförderprogramm aus. Damit wollen sie in ihrem Versorgungsge-

biet 1001 Solaranlagen und 400 Erdsondenwärmepumpen unterstützen. Für Bauherren locken einige Tausend Franken. Zudem können sie die Investitionen in der Steuererklärung abziehen. Nur einen Monat nach dem Start des Programms sind laut EKZ-Marketingleiter Stefan Meyre bereits fast 200 Gesuche eingegangen.

Katamaran, der mit der Sonne fährt

Das Förderprogramm ist laut EKZ-Chef Urs Rengel breit angelegt. So hat das Unternehmen auch den Solarcat mit 400 000 Franken unterstützt – einen Katamaran, den der Stifter Umweltdozent Georg Furger entwickelt hat. Der Solarcat ist das erste mit Sonnenenergie angetriebene Schiff für bis zu fünf Personen, das begehrte Solarzellen hat. Es soll zeigen, dass Ökologie auch Spass macht. Steht es unbenuzt bei seiner Vermieterin, dem nautischen Zentrum Lago am Utoquai in Zürich, speist es Strom ins Netz ein. Sonst fährt es mit Sonnenenergie rund 10 km/h, mit Batterieleistung doppelt so schnell. Furger hofft, dass er den Katamaran dereinst in Serie in Lizenz zu einem Preis von 40 000 bis 50 000 Franken produzieren lassen kann.

Detailliertere Informationen:
www.energie.zh.ch/subvention
www.ekz.ch/umwelt-foerderprogramm
www.solarcat.ch

Der Gesundheitsdirektor möchte, dass die Streithähne zusammenarbeiten

Thomas Heiniger will Ärzte und Apotheker in Netzwerke einbinden und so den Streit um die Medikamentenabgabe beenden. Ein frommer Wunsch.

Zürich. – Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) geht ungewöhnliche Wege: In der NZZ tat er kürzlich in einem langen Artikel seine Meinung zum Thema Medikamentenabgabe kund. Ärzte und Apotheker streiten seit Jahren darüber, wer Medikamente abgeben darf. Anfang Juni wird sich einmal mehr der Kantonsrat mit der Frage beschäftigen.

Das Zauberwort Netzwerk

Unter dem Titel «Vernetzen statt Abgrenzen» schlägt Heiniger nun vor, Ärzte und Apotheker «organisatorisch und allenfalls auch wirtschaftlich unter ein Dach zu bringen». Das Zauberwort heisst Netzwerk. Die Apotheker würden die Medikamente nicht erst nach der Verschreibung

prüfen, sondern schon vorher mit dem Arzt über die Anwendung diskutieren; und die Patienten könnten die Arzneien nach der Behandlung beim Arzt gleich mitnehmen.

Hat der Gesundheitsdirektor, bekanntermassen ein Befürworter der Medikamentenabgabe durch die Ärzte, hier eine Lösung zum Guten gefunden? Zunächst ist anzumerken, dass sein Vorschlag nicht ganz neu ist. In Winterthur arbeiten Ärzte des Netzwerkes WinTime seit Jahren mit Apothekern in Qualitätszirkeln zusammen. Allerdings sind von einst vier Zirkeln inzwischen drei eingegangen, wie WinTime-Geschäftsführer Christian Marti sagt: «Die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen behindern ein gemeinsames Vorgehen.» Marti hofft, dass der Medikamentenstreit bald ein für allemal entschieden wird. «Dann können wir aus der Situation das Beste machen. Dass es die Zusammenarbeit mit den Apothekern braucht, ist aus unserer Sicht keine Frage.» Doch seien, meint Marti, nicht so viele Apotheker nötig, wie es heute gebe.

Die Präsidentin des Zürcher Apotheker-

verbandes, Valeria Dora, findet den Ansatz des Gesundheitsdirektors falsch: Die Medikamentenabgabe durch Ärzte, die Heiniger propagiert, stehe in direktem Widerspruch zum Netzwerkgedanken. Denn mit ihr werde die Arbeitsteilung zwischen Ärzten und Apothekern aufgehoben. Dora weist zudem darauf hin, dass die Apotheker den Ärzten bereits im Jahr 2001 vorgeschlagen hätten, das Kriegsbeil zu begraben und ihre Energie in gemeinsame Projekte zu investieren. «Dieser Vorschlag stiess auf schroffe Ablehnung.»

Anders zusammenarbeiten

Der Präsident der Ärztesgesellschaft, Urs Stoffel, ist auch skeptisch, was die Einführung von Netzwerken mit einem gemeinsamen Budget betrifft. Die Idee sei «nicht sehr realistisch». Andere Formen der Zusammenarbeit seien jedoch denkbar. Stoffel interpretiert den Artikel des Gesundheitsdirektors als «Geste» gegenüber den Apothekern, nachdem sich die Regierung für die Liberalisierung der Medikamentenabgabe ausgesprochen hatte. (an)

Gegen eine Bremse bei Klassengrössen

Zürich. – Die Zürcher Regierung ist gegen eine Motion aus SP, EVP und CVP, die eine strikte Einhaltung der vorgeschriebenen Klassengrössen fordert. Gemäss Volksentscheidungsverordnung wären das 21 Kinder im Kindergarten, 25 bzw. 21 in ein- oder mehrklassigen Klassen in der Primar- und Sekundarstufe 1 sowie in der Abteilung A, 22 in B und 18 in C. Die Motionäre erinnern daran, dass 2004 im Rahmen der Sparmassnahmen die durchschnittliche Klassengrösse um einen Schüler erhöht worden war. Die Zahl der sehr grossen Klassen sei stark angestiegen.

Der Regierungsrat argumentiert, dass der Kanton bereits Ende 2007 ein Drittel der Sparmassnahmen rückgängig gemacht habe. Ausserdem habe der Regierungsrat einen Lehrer-Gestaltungspool für die Gemeinden beschlossen. Insgesamt würden bis zum Schuljahr 2009/10 über 200 zusätzliche Stellen geschaffen. Es sei nicht sinnvoll, das Lehrpersonalgesetz erneut zu ändern, bevor die eingeleiteten Massnahmen umgesetzt seien. (rba)

STADT ZÜRICH

Vom Anhänger erdrückt

Ein 52-jähriger Mann ist beim Versuch, einen Autoanhänger von Hand zu wenden, von umkippenden Anhänger tödlich verletzt worden. Der Unfall ereignete sich gemäss Stadtpolizei am Mittwochabend an der Seebacherstrasse. Der Schweizer parkierte seinen Lieferwagen mit Anhänger, der als Getränkestand dient, in einer Strassenfahne. Zusammen mit einem Kollegen kuppelte er den Anhänger vom Lieferwagen ab und wollte ihn wenden. (hoh)

Geld für Jungschauspieler

Theater für und Theater mit Kindern und Jugendlichen zu machen, dieses Angebot soll am Zürcher Schauspielhaus nach einer Probephase fixer Programm werden. Dazu gehören auch Workshops sowie theaterpädagogische Vor- und Nachbereitungen der regulären Stücke. Das Projekt läuft seit gut zwei Jahren unter der Sparte «Junges Schauspielhaus». Dafür soll der Jahresbeitrag an die Schauspielhaus AG um 250 000 Franken auf neu 24 452 100 Franken (ab 1. Januar 2008) erhöht werden. Dies beantragt der Stadtrat dem Parlament, damit die Einrichtung des «Junges Schauspielhauses» finanziell abgesichert wird. (sit)

Wohnungsnot lindern

Die Wohnungsnot der Studenten wird den Gemeinderat voraussichtlich am nächsten Mittwoch beschäftigen. In einer Motion fordert Rebekka Wyler (SP) und Pierino Cerliani (Grüne) zünftigen Wohnraum für mindestens 1000 Studierende; dies verlangt auch der Studierendenrat der Uni, der sich mit diesem Anliegen an die Universitätsleitung wenden will (TA vom Mittwoch). Der Stadtrat will die Motion in ein weniger verbindliches Postulat umwandeln. Den Bedarf für Billigwohnungen hält er zwar für ausgewiesen; die Stadt könne aber nur zusammen mit den Hochschulen deren Realisierung vorantreiben. Die vom Stadtrat geforderte Abschwächung in ein Postulat wird im Gemeinderat wohl durchfallen. Wie Cerliani sagt, steht dank der CVP/EVP-Fraktion eine Mehrheit des Rates hinter dem Anliegen. (sth)

Queertunes auf Sendung

Vom 17. Mai bis 1. Juni sendet das Eventradio der Lesben und Schwulen Queertunes live aus der Bar Daniel H. Zu empfangen ist das Radio in der Deutschschweiz über das Kabelnetz von Cablecom, in Zürich auch über die UKW-Frequenz 96.6. Das Radio richtet sich gemäss einer Mitteilung an ein gemischtes Publikum, das eine musikalische Alternative zu den kommerziellen Stationen suche. Interessierte können den Mitarbeiter des Radios während der Arbeit über die Schultern schauen. (ak)

REKLAME 2/MSB-1

Dachverband Schweizerischer Patiententerapeuten DVSP

«Nein zu einem Gesundheitssystem, in dem ein adäquates Spitalangebot und die freie Arztwahl durch die einseitigen Interessen der Kassen verhindert werden»

1. JUNI 2008

NEIN zum Kassenärztentitel!

www.baslerfuerst.ch
Romboe-NEH zum Kassenärztentitel • Postfach 55 • 3000 Bern 15